



Arbeiterwohlfahrt  
Landesverband  
Bayern e.V.



Bayerisches  
Rotes  
Kreuz



Landes-  
Caritasverband  
Bayern

Diakonie  
Bayern



DER PARITÄTISCHE  
BAYERN



## PRESSEMITTEILUNG

München, 27. Juli 2017

### **8. Bayerische Armutskonferenz der Freien Wohlfahrtspflege Bayern:**

#### **„Klarer politischer Wille zur Armutsbekämpfung ist nötiger denn je!“**

*„In Bayern wird Armut gern kleingeredet“, kritisiert Margit Berndl, Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, anlässlich der heutigen 8. Armutskonferenz. Derzeit diskutieren 120 Fachleute aus der Sozialen Arbeit gemeinsam mit Betroffenen, Wissenschaftlern und den Landtagsabgeordneten Joachim Unterländer und Doris Rauscher, wie Armut wirkungsvoll bekämpft werden kann.*

1,7 Millionen Menschen in Bayern sind von Armut bedroht! Das sind 14,3 Prozent der Bayerischen Bevölkerung. Die Zahl nimmt seit Jahren zu – trotz wirtschaftlich guter Zeiten. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern steht Bayern gut da. „Nur weil die Situation woanders schlechter ist, heißt das nicht, dass in Bayern die Welt für alle in Ordnung ist. 1,7 Millionen Menschen – das ist eine enorme Zahl, die die Politik nicht einfach übersehen darf!“, so Berndl.

Besonders betroffen sind Familien mit vielen Kindern, Alleinerziehende, Arbeitslose, Ältere und Menschen mit Migrationshintergrund. Diese 1,7 Millionen Menschen haben weniger als 973 Euro pro Monat zur Verfügung. „Bedenkt man, wieviel dafür allein für die Miete ausgegeben werden muss – die vor allen Dingen in den Metropolregionen horrend ist –, wird klar, dass es gerade für das Allernötigste zum Leben reicht“, so Berndl. Armut sei mehr als nur Einkommensarmut. Zu Armut gehöre auch das Schamgefühl zum Amt zu gehen, das Gefühl, versagt zu haben und seinen Kindern keine Perspektiven bieten zu können, die Ohnmacht der Bürokratie gegenüber. „Dass das zermürbt und Menschen kaputt machen kann, kann man sich vorstellen. Armut macht krank, einsam und grenzt aus. Und: Arme Menschen sterben im Durchschnitt zehn Jahre früher“, so Berndl.

#### **Armut ist weiblich**

Frauen sind deutlich häufiger als Männer von Armut betroffen. „Die höchsten Armutsrisiken für Frauen sind Scheidung und Alter“, so Berndl. Frauen sind weniger erwerbstätig und werden schlechter bezahlt. Wenn die Löhne für Frauen niedriger sind, so sind es auch alle daran geknüpften Leistungen: Elterngeld, Arbeitslosengeld, die Rente. Deshalb ist das Risiko für sie größer, in Armut abzurutschen.

Die höchste Armutsgefährdungsquote in Bayern haben Alleinerziehende mit 42 Prozent. 50 Prozent ihrer Kinder erhalten keinen Unterhalt, 25 Prozent weniger als ihnen zusteht. „Darin liegt ein wesentlicher Grund, warum Alleinerziehende und ihre Kinder so oft arm sind“, erklärt Helga Jäger, Geschäftsführerin des Bayerischen Verbands alleinerziehender Mütter und Väter, und verweist auf eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung. Der so genannte Unterhaltsvorschuss ist zeitlich befristet und endet spätestens mit dem 12. Lebensjahr des Kindes. Obwohl viele Alleinerziehende erwerbstätig sind, reicht das Einkommen nicht aus. „Wir fordern eine Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes und eine Kindergrundsicherung, die alle bisherigen Leistungen für Kinder zusammenfasst“, so Jäger.

## „Verfestigung von Armut – von der Politik gewollt?“

Diese Frage beantwortete der Professor für Sozialethik Franz Segbers mit einem klaren „JA“. „Hartz IV ist eine ökonomisch gewollte und politisch gemachte Unterversorgung armer Menschen. Ganz bewusst wird Armut verschärft“, kritisierte er auf der Konferenz. Arbeitslose werden vom Staat gezwungen, Arbeit anzunehmen, von der sie nicht leben können. Der Niedriglohnssektor wurde von der Politik bewusst ausgebaut. Menschen, die einmal unter diesen Bedingungen arbeiten, haben kaum eine Chance aus der prekären Beschäftigung wieder herauszukommen, so Segbers. Margit Berndl ergänzt, dass zwei Drittel der im Niedriglohnssektor Beschäftigten Frauen sind.

## Wie kann Armut wirkungsvoll bekämpft werden?

Darüber wurde in fünf Workshops diskutiert und Forderungen an die Politik formuliert:

- Notwendig ist eine Politik gegen Niedriglöhne, damit Menschen von ihrem Einkommen leben können und ihr Risiko der späteren Altersarmut sinkt. Der Mindestlohn muss schrittweise erhöht werden, um wirklich aus der Armut zu führen.
- Die Kinderbetreuung muss weiter ausgebaut und flexibilisiert werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer zu verbessern. Pflege- und Sorgearbeit muss zwischen Männern und Frauen gleichmäßig aufgeteilt, gesellschaftlich besser anerkannt und besser bezahlt werden.
- Besonders wichtig sind Verbesserungen in der Bildungspolitik, die einen größeren Schwerpunkt auf die Förderung benachteiligter Kinder legt. Gute Bildung ist die beste Armutsvorsorge. Benachteiligte Kinder und Jugendliche brauchen verbesserte Teilhabechancen.
- Sprachbarrieren bei Menschen mit Migrationshintergrund müssen abgebaut werden. Die Notwendigkeit und der Zugang zu Sprachkursen sind elementar, um an unserem gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.
- Um Altersarmut zu verhindern, muss das Rentensystem reformiert und armutsfest gemacht werden. Das Rentenniveau sollte stabilisiert und nicht weiter abgesenkt werden. Die Altersgrundsicherung muss so ausgestaltet werden, dass sie den betroffenen Menschen unbürokratisch zukommt und in der Höhe tatsächlich vor Armut schützt.

Das Fazit der Veranstaltung von Prälat Bernhard Piendl, stellv. Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege: „Der klare politische Wille zur Armutsbekämpfung und echte Schritte, diesen Willen auch umzusetzen, sind nötiger denn je!“

### Kontakt:

Susann Engert, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Paritätischer in Bayern  
Tel.: 0176 10 22 07 24, E-Mail: [susann.engert@paritaet-bayern.de](mailto:susann.engert@paritaet-bayern.de)

Silvia Karl, Freie Wohlfahrtspflege Bayern  
Tel.: 089-54497-132, E-Mail: [silvia.karl@freie-wohlfahrtspflege-bayern.de](mailto:silvia.karl@freie-wohlfahrtspflege-bayern.de)  
Web: [www.freie-wohlfahrtspflege-bayern.de](http://www.freie-wohlfahrtspflege-bayern.de)